An Steuern hängt, zu steuern drängt doch alles

Autor(en): **Larcher, Marie-Therese**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **54 (1998)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-844497

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

AN STEUERN HÄNGT, ZU STEUERN DRÄNGT DOCH ALLES

EIN KOMMENTAR VON MARIE-THERESE LARCHER

Wir leben in einer Zeit, in der die Politik schwergewichtig von Finanzen diktiert wird. Politisch machbar ist anscheinend nur noch, was (ohne neue steuerliche Belastung) finanzierbar ist. Die Frage, ob etwas für die Gemeinschaft nötig ist, stellt sich erst in zweiter Linie. Ergebnis ist ein Beharren auf alten Regeln bei gleichzeitigem Wachsen des Schuldenberges der öffentlichen Hand. Seit einigen Jahren ertönt darum weltweit der Ruf nach einer ökologischen Steuerreform.

Am 20. Oktober forderte die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) an ihrer Jahrestagung unter dem Motto „Gemeinsam gewinnen - Gemeinsam umsetzen" die baldige Verwirklichung der ökologischen Steuerreform.

BUNDESRÄTLICHES NACHDENKEN

Eine ökologische Steuerreform soll den Weg für die nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft ebnen. In diesem Punkt sind sich alle einig, selbst der Bundesrat erklärte vor einem Jahr in einem Strategiepapier, er wolle 2001 über diese Steuerreform „nachdenken". Nun macht das Volk Druck und der Bundesrat überlegt früher als geplant. Es stehen die verschiedensten Projekte an: Das Parlament berät das CO2-Reduktionsgesetz. Falls die CO2-Reduktionsziele freiwillig nicht erreicht werden, soll frühestens 2004 eine Abgabe auf Heizöl und Benzin jährlich maximal 3 Milliarden Franken bringen.

VOLKSINITIATIVEN U.A.M.

Voraussichtlich 1999 stimmen wir über zwei Volksinitiativen ab: Die Energie-Umweltinitiative und die Solarinitiative, nach der die Abgabe auf nicht-erneuerbaren Energien zur Förderung rationeller Energieverwendung und Nutzung der Sonnenener-

gie eingesetzt werden soll.

Nationalrat Marc Suter (FDP) legte einen Energieabgabebeschluss vor, der gemäss Nationalrat sofort einzuführen wäre, während der Ständrat den langsameren Weg über einen Verfassungsartikel wünscht. Die Beratung der Initiative „Energie statt Arbeit besteuern" steht voraussichtlich 1999 ebenfalls auf dem Programm des Parlamentes. Der Bundesrat lehnt sie ab, denn er will seine eigene Steuerreform vorschlagen, die bis 2002 als Botschaft an die Stimmbürgerschaft gediehen sein soll. Bei diesem Gang durch den Urwald der ökologischen Steuerreformmodelle ist das Parlament wahrlich nicht zu beneiden.

DREIFACHE DIVIDENDE?

Die ökologische Steuerreform soll sich dreifach lohnen: Erste Dividende ist die Schonung der Umwelt, indem der Verbrauch der Natur und die Umweltbelastung - sie verursachen versteckte Kosten - mit Abgaben bestraft wird. Die zweite Dividende ist eine (nicht allzu grosse) Wirkung gegen die Arbeitslosigkeit, weil ein Teil der Erträge aus den Umweltabgaben zur Senkung der Lohnnebenkosten vorgesehen ist. Als dritte Dividende wird die Schaffung neuer Märkte bezeichnet. Werden Anreize zu effinzienteren Energienutzung und Entwicklung von Alternativ-Energien gefördert, bedeutet dies für Gewerbe und Export einen Vorteil.

GROSSES ODER BESCHEIDENES ECHO?

Spitzenleute wie z.B. in der Konzernleitung der Sulzer AG in Winterthur oder im Baumeisterverband unterstützen die ökologischen Steuerreform, doch dies genügt nicht, denn der Ueberblick ist schwierig. Es besteht die Gefahr, dass zahlreiche Personen oder Gruppen nur danach fragen, ob sie selber aus dem Milliadentopf der Lenkungsabgaben genug erhalten und alles daran setzen, dass sie möglichst wenig vom altgewohnten Weg abweichen müssen. Deshalb lancierte die SGU an ihrer Jahresversammlung eine Konvention, damit sich Privatpersonen, kleinere und grössere Unternehmen mit ihrer Unterschrift verpflichten, sich den Zielen der ökologischen Steuerreform anzuschliessen.

DER KONVENTIONSTEXT IST ERHÄLTLICH BEI:SGU, POSTFACH, 8032 ZÜRICH